

Albrecht von Lucke

Profil vor Personal

Wo steht die SPD nach der Wahl in NRW und vor 2013?

Mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fand das Wahljahr 2012 einen für die Sozialdemokratie durchaus hoffnungsvollen Abschluss. Erstmals seit der Hamburg-Wahl vor einem Jahr landete die SPD wieder deutlich vor der Union und nur knapp unter der fast schon aus den Augen verlorenen 40-Prozent-Marke. Doch dieser Erfolg sollte kein Anlass sein, sich einer trügerischen Sicherheit hinzugeben.

Die Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland hat vor allem eines gezeigt: Jeder Wahlsieg ist im Wesentlichen von lediglich zwei Faktoren abhängig, einer klar erkennbaren inhaltlichen Position und einem überzeugenden Kandidaten, der sie verkörpert. Das war der Grund, warum es Hannelore Kraft gelang, sich gegenüber dem viel zu zögerlichen und wenig konturierten Norbert Röttgen in dieser Deutlichkeit durchzusetzen.

Doch die Schlacht ist geschlagen und die Karawane zieht weiter. Nun richten sich alle Augen auf die Wahlen im nächsten Jahr und speziell auf die des Bundestages am 22. September 2013. Mit Blick darauf aber kann von einer entscheidenden Trendumkehr in Richtung SPD nicht die Rede sein. Ja, mehr noch: Verglichen mit der Lage in NRW ist jene im Bund noch immer eine geradezu spiegelverkehrte.

Auch wenn die Kanzlerin nach der Niederlage Röttgens kurzzeitig angeschlagen wirkte, konnte die SPD auf Bundesebene daraus keinen dauerhaften Nutzen ziehen, im Gegenteil: Die Schwäche der Oppositionsführung droht zur neuerlichen Stärke Angela Merkels zu werden.

Nach wie vor herrscht im Lande keine Wechselstimmung und die Kanzlerin sitzt – ungeachtet der fatalen Lage der schwarz-gelben Koalition – weiter fest im Sattel. Selbst die brutalstmögliche Beseitigung Norbert Röttgens dürfte der »eisernen Lady« auf mittlere Sicht mehr genutzt als geschadet haben.



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

Schon bei Machiavelli lässt sich lernen, dass politische Grausamkeiten schnell und auf einen Schlag ausgeführt werden müssen, damit der Machthaber nicht ständig auf sie zurückgreifen muss. Natürlich wäre bei einem Verbleib Röttgens im politisch zentralen Amt des Umweltministers dieser zu einer dauerhaften Belastung der Koalition geworden, zur Freude der Opposition. Mit dem grundsoliden, ihr treu ergebene Peter Altmaier hat Merkel nun für die schnellstmögliche Beruhigung der Lage gesorgt. Mit durchschlagendem Erfolg: Längst haben sich ihre eigenen Sympathiewerte wieder stabilisiert. Von Merkel lernen heißt also, bis auf Weiteres, siegen lernen.

Angesichts dieser wenig hoffnungsvollen Ausgangslage richten sich nun alle Erwartungen der SPD auf die erste Wahl des kommenden Jahres, die am 20. Januar in Niedersachsen stattfindet. Schon einmal, nämlich 1998, gab Niedersachsen den Ausschlag für den Ausgang im Bund. Damals legte der triumphale Wahlsieg des Amtsinhabers Gerhard Schröder, der seiner Partei die absolute Mehrheit bescherte,

den Grundstein für dessen späteren Sieg bei der Bundestagswahl.

Doch dieses Mal ist die Lage eine völlig andere. Mit 42,5 % der Stimmen bei der Wahl 2008 ist die CDU gegenwärtig deutlich stärkste Kraft vor der SPD mit nur 30,3 %, deren bislang schlechtestem Ergebnis. (Mit jeweils knapp 8 % sind FDP und Grüne fast gleich stark, die Linkspartei liegt mit 7,1 % knapp dahinter.)

Auch wenn das damalige Ergebnis nicht zuletzt dem etwas blassen Kandidaten Wolfgang Jüttner geschuldet war und die SPD gegenüber der Union inzwischen an Boden gut gemacht hat: Die Aussichten für die Wahl im Januar sind keinesfalls rosig.

Mit David McAllister verfügt die Union über einen beliebten Spitzenkandidaten, der als nach wie vor unverbrauchter Ministerpräsident zudem über den uneingeschränkten Amtsbonus verfügt. Sämtliche Pannen seiner Amtszeit – vom Kentern des mit dem gesamten Kabinett besetzten Drachenbootes bis zur millionenteuren Verzögerung des Jade-Weser-Ports – perlen am smarten Regierungschef weitgehend ab. Stattdessen konnte er sich von den Extravaganzen seines Vorgängers Christian Wulff durch unverblühte Distanzierungen (»Ich mache lieber Urlaub an der Nordsee«) erstaunlich gut abgrenzen und dadurch als der typisch erdverwachsene Niedersachse inszenieren.

Für die SPD kommt erschwerend hinzu, dass sich die Wähler angesichts der geringen Unterschiede speziell zwischen den beiden Volksparteien zunehmend auf die Personen konzentrieren. Die Sympathiewerte von McAllister liegen aber deutlich vor denen seines Herausforderers, des amtierenden Bürgermeisters von Hannover Stephan Weil. Dieser ist zweifellos ein Mann, dem »man ein Sparbuch anvertrauen kann«, wie *Die Welt* konstatierte, aber alles andere als ein Charismatiker oder mitreißender Redner. Mit seiner hochsoliden und grundehrlichen, aber auch weniger spannenden

Persönlichkeit ist er das exakte Gegenteil des Macht- und Instinktpolitikers Gerhard Schröder. Und während dieser 1998 längst bundesweit bekannt war, kennt man Weil nicht einmal in ganz Niedersachsen, jenseits der Region Hannover.

Die SPD ginge also ein hohes Risiko ein, wenn sie jetzt diese Wahl zur Testwahl, ja zur Vorentscheidung für den Bund hochspielen würde. Von einer eigenen Mehrheit sind SPD und Grüne jedenfalls noch immer entfernt – zumal im nächsten Jahr auch die große Unbekannte in den Landtag einziehen dürfte, nämlich die Piratenpartei. Diese droht auch in Niedersachsen – wie zuvor schon im Saarland und in Schleswig-Holstein, aber auch 2013 im Bund – den Weg zu Rot-Grün zu versperren.

Die Parteiführung in Berlin wäre daher gut beraten, sich unabhängig vom Wahlausgang in Niedersachsen für die Bundestagswahlen zu rüsten. Denn auch hier werden die aktuellen Schwächen immer deutlicher, in personeller wie politisch-inhaltlicher Hinsicht.

Die Troika, einst angelegt, um die unterschiedlichen Stärken der drei Kanzlerkandidaten herauszustellen, bewirkt mehr und mehr exakt das Gegenteil: Mit jedem gemeinsamen Auftritt des Trios – wie etwa nach dem Wahlsieg von François Hollande in Paris – kommen die jeweiligen Defizite der drei Kandidaten gegenüber der solitären und in ihrer Partei völlig unangefochtenen Kanzlerin immer mehr zum Vorschein.

Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel verfügt zweifellos über die größte Fähigkeit zur Zuspitzung und Polarisierung, um die Partei mitreißen zu können, aber über schwächere Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Ex-Finanzminister Peer Steinbrück ist der erklärte Liebling der Feuilletons, löst aber in der Partei nicht die große Begeisterung aus, da er nach wie vor zu stark mit der Schröderschen Agendapolitik verhaftet ist. Und der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier, durch-

aus geachtet aufgrund seiner Verlässlichkeit, ruft immer noch die Niederlage von 2009 ins Gedächtnis. Ein überzeugendes personelles Angebot der SPD auf Bundesebene steht also noch aus. Auch der Blick nach Frankreich hilft hier nicht weiter, sondern verschärft die Krise noch: Angela Merkel ist nicht Nicolas Sarkozy, sondern eher dessen Gegenteil. Als stärkste Politikerin Europas und Garantin der deutschen Sparguthaben entspricht sie oberflächlich dem Vorbild der »schwäbischen Hausfrau« und verfügt auch nach sieben Jahren an der Regierungsspitze über immense Zustimmung.

Land ohne Wechselstimmung

Von einer Sehnsucht nach Veränderung ist bisher jedenfalls nichts zu verspüren. Die Chance der SPD, diese zu erzeugen, kann mangels zwingender personeller Alternative daher nur in einer umso klareren inhaltlichen Positionierung liegen. Dafür muss die Partei endlich ihr Profil für die Bundestagswahl schärfen. Bis heute ist die Partei jedoch von dem »klaren politischen Gegenmodell, um Merkel zu stellen«, welches Sigmar Gabriel fordert, deutlich entfernt. Stattdessen gelingt es der Kanzlerin, sich geschickt jene Themen anzueignen, mit denen die SPD punkten wollte, vom Mindestlohn bis zur Finanztransaktionssteuer, und zwar deshalb, weil die SPD-Spitze bis heute die Auseinandersetzung auf den entscheidenden Politikfeldern scheut. Das belegen auch jene sechs Bereiche, auf denen die Partei mit Blick auf den Wahlkampf in den Dialog mit den Bürgern treten will: Familienpolitik, Bildung, Arbeit, Verbraucherschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Wirtschaft und Europa – die beiden zentralen sogenannten »harten« Felder – sind dezidiert nicht dabei.

Die Ursache dafür liegt auf der Hand: Die SPD hat Angst, in die Nationalismus-Falle zu tappen. Die deutsche Bevölkerung

hat tief verinnerlicht, dass ihre wirtschaftliche Prosperität vor allem auf Sparen basiert. Darauf beruht die Zustimmung für die europäische »Austeritätskommissarin« Angela Merkel. Ganz auf deren Linie jammerte *Die Zeit* vor den Wahlen in Frankreich und Griechenland auf ihrer Titelseite: »Die ganze Welt will unser Geld«. *Springers Welt* ging gleich noch einen Schritt weiter und zog gegenüber der Sozialdemokratie präventiv die Daumenschrauben an: »Hollande-Ruck der SPD grenzt an Vaterlandsverrat«. Die Botschaft ist eindeutig: Wer den nicht nur unter Demokratiegesichtspunkten hoch bedenklichen Fiskalpakt auch nur in Frage stellt, wird als vaterlandsloser Geselle abgestempelt.

Das Dilemma der SPD

Das Dilemma der SPD im Wahljahr 2013 besteht somit darin, dass sie sich einerseits davor hüten muss, in die Falle dieses Verratsvorwurfs zu tappen, dass sie aber andererseits ohne eine stärkere Profilierung gegenüber der Kanzlerin chancenlos ist.

Immerhin hat der Parteivorsitzende seine Ziele inzwischen klar benannt, nicht nur auf dem letzten Parteitag, sondern unlängst auch in einem bemerkenswerten Interview mit dem Magazin *Cicero* (ohne dass diese Inhalte in der Bevölkerung allerdings bisher hinreichend angekommen wären): »Wir müssen Steuern erhöhen«, so Gabriel, »um die Investitionen in Bildung bezahlen zu können. Und wir werden das so tun, dass das diejenigen machen, denen es besonders gut geht.« Die Probleme seien »nur mit einer faireren Lastenverteilung in dieser Gesellschaft« zu bewältigen, »die wir verloren haben – auch durch die SPD in Regierungsverantwortung, jawohl. Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 % bei Kohl auf 42 % bei Schröder war ein Fehler, den wir revidieren müssen.«

Deutlicher könnte die Absage an die alte Agenda-Linie und die Ankündigung

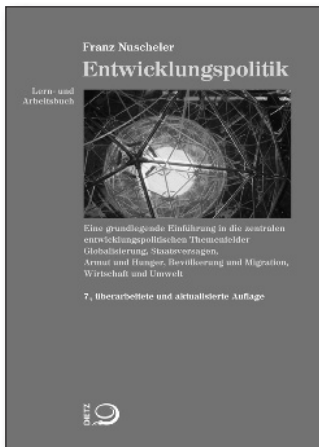
einer neuen Wirtschaftspolitik durch stärkere Umverteilung von oben nach unten (»sozialer Patriotismus« laut Gabriel) nicht ausfallen.

Gleiches gilt für Gabriels Positionierung in der Europa-Frage. Er hält es »für unausweichlich, dass Deutschland künftig stärker in die Währungsunion investiert. Und zwar einen Teil dessen, was wir aus der europäischen Währungsunion gewinnen – seit es sie gibt, sind es eine Billion Euro.« Tatsächlich liegt hier der eigentliche Knackpunkt der Debatte: dass es ohne ein Ende der großen wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euro-Raum kein stabiles Europa geben wird. Deshalb muss Deutschland erstens bereit sein, einen Teil seiner Überschüsse wieder in Europa zu investieren, und zweitens endlich Löhne durchsetzen, die den Produktivitätsfortschritten entsprechen, um damit den Mitbewerbern in Europa eine echte Chance zu geben. Gabriel weiß, dass dies unweigerlich zu Lasten der deutschen Exporterfolge gehen wird, aber auch zu Gunsten der

deutschen Erwerbstätigen. Dabei spielt eine taugliche Finanztransaktionssteuer, die die erzielten Gewinne von den Finanzmärkten in die produktive Wirtschaft zurückführt, eine entscheidende Rolle.

Letztlich verbirgt sich dahinter ein völlig anderes Konzept von Europa als das der Kanzlerin. Gegen den Nationalegoismus der Merkelschen Spar- und Unterbietungspolitik, die inzwischen halb Europa gegen Deutschland aufgebracht hat, muss die Sozialdemokratie diese Alternative eines anderen, solidarischen Europa-Modells setzen. Gewiss, aufgrund der ganz überwiegenden Abwehr in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung wird dies alles andere als ein Spaziergang sein. Doch noch hat die SPD ein gutes Jahr Zeit, um sich an dieser Stelle klar zu positionieren. Denn fest steht bisher nur eines: Noch einen Wahlkampf ohne erkennbare Inhalte kann sich die Partei nur dann leisten, wenn sie sich erneut nur um die Rolle des Sekundanten in der nächsten Großen Koalition bewerben will. ■

LERN- UND ARBEITSBUCH ENTWICKLUNGSPOLITIK



In dieser grundlegenden Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Armut und Hunger, Bevölkerung und Migration, Wirtschaft und Umwelt verbindet Franz Nuscheler nüchterne Analyse mit engagierter Kritik.

Die »zur Zeit beste Einführung in die Entwicklungspolitik aus deutscher und internationaler Sicht« lobte DIE ZEIT schon die erste Auflage dieses Standardwerks, jetzt liegt die 7., vollständig überarbeitete und aktualisierte Neuauflage vor!

432 Seiten, Broschur
18,80 Euro
ISBN 978-3-8012-0430-3

www.dietz-verlag.de



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn
Tel. 0228/184877-0 – Fax 0228/234104 – info@dietz-verlag.de